

Luise Klemens, Vorsitzende der Fraktion ver.di/ACA/IG Metall

„Ich beginne mit den Bundestagswahlen, dem zentralen politischen Thema, das uns alle bewegt hat. In Teilen auch bereits vor der Wahl, mit dem, was bereits im Wahlkampf passiert ist. Jetzt laufen die Koalitionsverhandlungen. Die Positionen der Union zur Schuldenbremse sind dabei doch sehr erstaunlich. Vor den Bundestagswahlen ist der Eindruck erweckt worden, Änderungen bei der Schuldenbremse seien nur möglich, wenn man auf der anderen Seite bei Bürgergeldempfängern sparen könnte, um das finanziell in den Griff bekommen zu können. Dass dem so nicht ist, dass wissen letztlich alle, die sich stärker damit beschäftigt haben. Was mir nach den ersten Tagen der Verhandlungen jetzt allerdings gut gefällt, ist die Tatsache, dass die „schwäbische Hausfrau nunmehr offenbar gestorben ist“. Der ehemaligen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, ist es ja gut gelungen, in den Köpfen der Menschen das Bild zu erzeugen, dass ein überzogenes Girokonto praktisch mit Schulden im Staatshaushalt gleichzusetzen ist. Das dem mitnichten so ist, wissen wir alle, aber trotzdem hat sich dieses Bild lange gehalten. Dass die schwäbische Hausfrau – symbolisch gesprochen – nunmehr passe ist, finde ich politisch gesehen richtig. Insofern bin ich gespannt, was im Kontext der Gesundheits- und Sozialpolitik bei den Koalitionsverhandlungen herauskommen wird. Und auch die Finanzpolitik sei wichtig. Die relevanten Punkte hierzu hat der Vorstand in seinem Bericht aufgezählt. Ein Thema sei in diesem Zusammenhang gestern in den Vorbesprechungen angesprochen worden. Und zwar haben sich nicht wenige die Augen dabei gerieben, indem die Frage gestellt wurde, wo eigentlich bei Tarifverträgen mit zweijähriger Laufzeit die Tarifierhöhung, die es nun nochmals im Januar gegeben hat, geblieben sei. Die wurde nämlich nahezu aufgefressen von Beitragserhöhungen zu den Sozialversicherungen. Da schauen die Menschen durchaus kritisch drauf, indem sie fragen, was da eigentlich passiert. Sie werden belastet, wobei dann auch gleichzeitig deutlich wird, dass das System geplündert wird. Ich empfinde das jedenfalls so: der Verbrauch der Rücklagen, oder auch die Fragen rund um die Transformationskosten im Krankenhausbereich usw. Das ist schon ein Ausplündern der Versicherten, was wir ja auch gemeinsam als solches kritisieren.

Und wenn man auf die Soziale Pflegeversicherung schaut, und dann sieht, dass die erste Pflegekasse Finanzhilfen benötigt, dann fragt man sich wirklich, wo das noch hinführen soll. Wenn man dann gleichzeitig weiß, dass Heimbewohnerinnen und Heimbewohner mit ihren monatlichen Eigenanteilen bei Pflegeeinrichtungen auch Investitionskosten und Kosten der Ausbildung mitfinanzieren, dann finde ich es schon richtig, wenn man über eine Pflegereform nachdenkt, und dass man auch darauf schaut, wo wird eigentlich Geld eingesammelt, dass eigentlich so nicht einzusammeln ist. Insgesamt ist das System so komplex und es gibt auch keine einfachen Lösungen. Und von daher würde ich es auch kritisch ansehen, wenn jetzt aus den Koalitionsverhandlungen bereits ein fertiges Konzept präsentiert würde. Dann wüsste man bereits vorher, dass es nicht wirklich durchdacht sein könnte in der Kürze der Zeit.

Zur Frage der Versorgung: Wenn es teurer wird, müsste die Versorgung besser werden, könnte man meinen. Und hierzu gehören dann auch Fragen, was mit den Kliniken passiert, oder auch das Thema mit den Arztterminen. Wenn man als Kassenpatientin über Internetportale aktuell einen Termin bei einer Frauenärztin im November erhält, aber gleichzeitig so tut, als wenn man privat versichert wäre, einen Termin in zwei Wochen bekommt, dann stimmt was nicht, und hier muss dringend etwas passieren.

Insgesamt schauen wir auch darauf, was ist gute Arbeit und was sind gute Arbeitsbedingungen in allen Bereichen der Pflege. Das betrifft Kliniken, häusliche Pflege und natürlich auch die Altenpflege. Hier sind die Lippenbekenntnisse immer groß, was in diesen Bereichen getan werden sollte oder müsste. Aktuell befinde man sich mit den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst in der Schlichtung, weil vermeintlich kein Geld da ist, speziell auch dafür. Nun kann man natürlich intensiv überlegen, was bei der Krankenhausreform passieren muss. Wenn man allerdings keine Beschäftigten findet, die dort arbeiten sollen, auch in Vollzeit arbeiten sollen – das gilt im Übrigen auch für andere Bereiche, wie Kitas – dann ist das ein deutliches Signal, dass es Veränderungen braucht. Viele reduzieren vielmehr ihre Arbeitszeit, weil sie auch den Belastungen gar nicht standhalten. Von daher erwarte ich mir von den Koalitionsverhandlungen auch, dass es Signale gibt, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern.

Auf die Entwicklung der DAK-Gesundheit schauen wir alle mit Interesse. Auch wie sich die gesamte Kassenlandschaft weiter entwickeln wird, bspw. hinsichtlich Fusionen. Das wird uns sicherlich das gesamte Jahr noch beschäftigen. Ich möchte aber mit Blick auf die DAK-Gesundheit sagen, dass ich die Entwicklung der elektronischen Patientenakte (ePA) gut finde. Meiner Meinung nach wurde die Einführung und der Rollout sehr gut kommuniziert. Auf allen Kanälen hat es gute Informationen gegeben, verbunden damit, dass gleichzeitig die Herausforderungen an den Datenschutz sehr hoch bleiben. Dies vor dem Hintergrund von Hackerangriffen etc. Wenn hier etwas schief geht, kann man nicht einfach so wechseln, als wenn bspw. ein Bankkonto gehackt wird. Insofern interessiert es mich auch, was die Sicherheitsmaßnahmen an Kosten verursachen. Datenschutz und Datensicherheit kostet Geld. Und ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit der ePA ist auch, wie man der Ärzteschaft ein wenig Beine machen kann. Der Erfolg der ePA geht nämlich auch damit einher, dass man von Ärztinnen und Ärzten versorgt wird, die dann auch die Möglichkeiten der ePA nutzen und Daten und Untersuchungsergebnisse entsprechend dort speichern. Und nicht im Zweifelsfall ihre eigenen Apparate nochmals im Sinne einer Doppeluntersuchung nutzen wollen. Hier bin ich neugierig, wie hier die weitere Entwicklung erfolgt, und ob es sich hoffentlich auch schnell positiv entwickelt.

Zurückkommend auf die Bundestagswahlen habe ich in der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses des Verwaltungsrates im Februar gelesen, dass wir uns gemeinsam Gedanken darum machen, wie wir mit der AfD umzugehen gedenken. Man kann mit der AfD, die in Teilen rechtsextremistisch ist, jetzt, da sie ein Wahlsieg errungen hat, nicht so umgehen, als wäre sie eine normale Partei. Von daher finde ich es richtig zu überlegen, wie wir damit umgehen, wie wir mit der AfD kommunizieren. Wir sind eine Krankenkasse, die z. B. immer schon gesagt hat, dass wir geflüchtete Menschen gerne aufnehmen. Auch vor dem Hintergrund des politisch wichtigen Signals, was damit ausgesendet wird. Vor diesem Hintergrund mit einer Partei zusammenzuarbeiten, die so offensichtlich ausländerfeindlich ist, das kann ich mir nicht vorstellen. Aber wir werden dieses Thema ja weiter diskutieren.

Abschließend möchte ich mich noch bei all denen bedanken, die sich nach dem 13. Februar 2025 bei mir gemeldet haben. Wie sicherlich viele es in den Medien verfolgt haben, hat es einen Anschlag auf eine Streikdemonstration in München gegeben. Es gibt eigentlich nichts

Friedlicheres als eine gewerkschaftliche Kundgebung, und die Polizei war bisher immer bei diesen Veranstaltungen dabei, um maximal den Verkehr zu regeln. Dass viele an uns und an mich in dieser Zeit gedacht haben, hat sehr gutgetan. Jetzt müssen wir natürlich sehen, was das bedeutet. Wir haben nunmehr eine ganz andere Sicherheitslage. Wenn wir jetzt auf die Straße gehen, müssen wir ganz andere Gespräche mit der Polizei führen, um zu schauen, wie Sicherheit gewährleistet werden kann. Aber auch gerade gegenüber den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die entweder körperlich oder auch psychisch sehr belastet sind, sei es wichtig, ihnen wieder Mut zu machen, sich weiter für ihre Interessen einzusetzen. Das ist eine große Herausforderung und daher nochmals vielen Dank an alle, die hier ein wenig Kraft gesendet haben.“